

**Christian Albrecht**  
Pressesprecher

V.i.S.d.P.

**Nr. 87/2000**

**Kiel, Freitag, 26. Mai 2000**

Gen- und Biotechnologie

## **Christel Happach-Kasan: Ahnungslose GRÜNE**

„Die grünen Leitlinien zur Gentechnik sind von Unkenntnis geprägt, missachten bestehende gesetzliche Regelungen und widersprechen dem Handeln der rot-grünen Bundesregierung. Und die übrigen Vorschläge sind nicht finanzierbar“ sagte heute die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der F.D.P., Dr. Christel Happach-Kasan, nach einer Pressekonferenz der GRÜNEN. „Ihr Bemühen ist darauf ausgerichtet, den Eindruck zu erwecken, dass ihre fundamentalistische Totalablehnung der Gentechnik einen rationalen Hintergrund habe. Das ist nicht der Fall.

Eine Technikfolgenabschätzung macht nur Sinn, wenn deren Ergebnisse auch akzeptiert werden. Die bestehenden Technikfolgenabschätzungen zur grünen Gentechnik, die zu dem Ergebnis kommen, dass diese Technologie verantwortbar ist, werden von den Grünen nicht zur Kenntnis genommen. Daher ist die grüne Forderung nach Technikfolgenabschätzung erkennbar nur ein Verschieben von Entscheidungen, eine Gabe für das eigene Klientel.

Gentechnik ist sehr viel mehr als die Herstellung transgener Organismen. Die Genomanalyse, die Verwendung gentechnischer Verfahren in der herkömmlichen Züchtung, ist längst Standard. Mit ihrer Absicht, nur gentechnikfreie Biotechnologie mit öffentlichen Mitteln fördern zu wollen, hinken die schleswig-holsteinischen Grünen der Forschungspolitik der eigenen Bundesregierung hinterher. Diese hat längst beschlossen, das von der alten Bundesregierung aufgelegte nationale Forschungsprojekt „Genomanalyse im biologischen System Pflanze“ (GABI), fortzuführen. Das Projekt hat das Ziel, die Genome landwirtschaftlich wichtiger Nutzpflanzen wie Gerste, Zuckerrübe, Kartoffel und Raps zu untersuchen. Diese Grundlagenforschung hilft unseren mittelständischen Pflanzenzuchtunternehmen, sich weiterhin auf dem Markt zu behaupten.

Die Forderung nach einer Landesaufsichtsbehörde zur Gentechnik ist unsinnig und nicht bezahlbar. Das Land hat keine eigenen Entscheidungskompetenzen und im übrigen ist eine Behörde nicht geeignet, ethische Fragen zu klären, wie die Grünen dies fordern. Behörden setzen Beschlüsse um. Die Behandlung ethischer Fragen ist dagegen Aufgabe gesellschaftlicher Gruppen wie auch Parteien.“

F.D.P. Fraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Landeshaus, 24171 Kiel  
Postfach 7121  
Telefon: 0431/9881488  
Telefax: 0431/9881497  
E-Mail: [fraktion@fdp-sh.de](mailto:fraktion@fdp-sh.de)  
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



**Presseinformation**